

Nr.	Thema	Empfehlung UBV/UBA
A1	Polizeigesetz NRW oder Orwells schlimmster Albtraum	Ablehnung
A2	Zuschüsse einer Stadt für alle Kinder und Jugendlichen eines Jugendzentrums	Ablehnung
A3	Zeichen setzen gegen „Plastik“-Müll	Annahme
A4	Schrottimmobilien abreißen	Überweisung an Ratsfraktion
A5	Elektroadeinfrastruktur ist Daseinsvorsorge	Annahme bei Streichung des Adressaten „Ratsfraktion“
A6	Wir wollen das 365-Euro-Ticket für Duisburg	Annahme
A7	Energiewende forcieren	Adressaten ändern: Streichung Konvent und ordentlich/außerordentlich
A8	Antragsbearbeitungszeiten	Annahme
A9	Umsetzung politischer Beschlüsse	Annahme
A10	Einführung eines Mentoring Programmes	Annahme
A11	Beschlusswiki	Annahme
A12	Busse statt Bahn – Nein Danke	Annahme
A13	Duisburger Weichenstellung ÖPNV	Annahme
A14	Frauen sichtbar machen	Annahme
A15	Ersatz Baumfällungen	Annahme
A16	Schneller Ausbau des 5G Mobilfunknetzes	Annahme
A17	Digitalisierung muss mehr heißen, als Tablets in der Schule	Überweisung als Material an den AK Internet
A18	Kommunalpolitische Leitlinien	Erledigt durch Weiterleitung an Programmkommission



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 1
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Polizeigesetz NRW oder Orwells schlimmster Albtraum

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD Duisburg lehnt das von der schwarz-gelben Landesregierung mit Zustimmung
5 der SPD-Landtagsfraktion verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in
6 Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes
7 Nordrhein-Westfalen“ ab und bekennt sich zum Hamburger (Grundsatz-)Programm:

8
9 „Wir widersprechen jedem politischen Allmachtsanspruch über die Menschen. Wenn
10 Politik selbst Glück und Erfüllung verspricht, läuft sie Gefahr, in totalitäre Herrschaft
11 abzugleiten. Die Demokratie ist die einzige politische Ordnung, die der
12 Selbstverantwortung der Menschen gerecht wird und die Grenzen der Politik entsprechend
13 bemisst. Die Menschen- und Bürgerrechte legen der Politik und den staatlichen
14 Institutionen Grenzen auf, ohne die es keine Demokratie geben kann.“

15
16 Begründung:

17 Mit dem Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.04.2016 fiel
18 der Startschuss in sämtlichen Ländern der Bundesrepublik zur Überarbeitung der
19 Polizeigesetze. Fortan ist es rein verfassungsrechtlich möglich, tiefer in die Privatsphäre
20 der Bundesbürger*innen einzudringen, sowie unliebsame Menschen bis zu 14 Tage
21 einzusperren.

22 Der Landesparteitag NRW hat am 23.06.2018 den Antrag IR-04 der ASJ NRW mit dem
23 Titel „Rechtsstaat erhalten –Schwarz-gelbes Polizeigesetz ablehnen“ beschlossen und
24 darin konkrete Forderung an die sozialdemokratische Bundestags- und Landtagsfraktion
25 formuliert.

26
27 Weiterhin kritische Inhalte sind unter anderem:

28 Unterbindungsgewahrsam

29 Der Unterbindungsgewahrsam wird von 48 Stunden auf 14 Tage ausgeweitet. Es besteht
30 die Option der Verlängerung um weitere 14 Tage.

31
32 Gewahrsam zur Identitätsfeststellung

33 Zur Identitätsfeststellung kann nunmehr statt zwölf Stunden sieben Tage Haft angeordnet
34 werden.

35
36 Elektronische Fußfessel

37 Terroristische Gefährder, Sexualstraftäter und Stalker können mittels „elektronischer
38 Aufenthaltsüberwachung“ im ersten Schritt 3 Monate und in Folge theoretisch
39 unbeschränkt überwacht werden.

40

41 (Quellen-)Telekommunikationsüberwachung
42 Mit richterlicher Anordnung darf die Polizei verschlüsselte Messenger Dienste wie
43 WhatsApp auslesen. Für die Ausführung ist die Nutzung eines „Staatstrojaners“
44 vorgesehen.

45
46 Videobeobachtung öffentlicher Plätze
47 Öffentliche Plätze können uneingeschränkt videoüberwacht werden.

48
49 Strategische Fahndung
50 Verdachtsunabhängige Kontrollen in bestimmten Gebieten werden für 28 Tage plus
51 Verlängerungsoption zugelassen.

52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 2
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag, SPD Ratsfraktion, NRWSPD
BETREFF	Zuschüsse einer Stadt für alle Kinder und Jugendlichen eines Jugendzentrums

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) Duisburg fordern, dass Kinder und
5 Jugendliche Jugendzentren stadtübergreifend besuchen und Aktionen, Programme und
6 bei Freizeiten mitmachen dürfen ohne, dass die Bezuschussung der jeweiligen Stadt, oder
7 andere Bezuschussung von bspw. Stiftungen, Vereine, der Bundes- und
8 Landesförderprogramme, Kindern und Jugendlichen aus anderen Städten vorenthalten
9 wird oder dadurch diese benachteiligt werden können

10
11 Begründung:
12 Duisburger Jugendzentren und auch Jugendzentren in anderen Städten werben unter
13 anderem mit dem Treffen von Freunden und, dass ein Jugendzentrum kostenfreie bzw.
14 kostengünstige Ferienangebote anbietet.

15 Da der Träger eines Jugendzentrums in den meisten Fällen die Stadt ist und dieses
16 bezuschusst, erhalten Jugendzentren Zuschüsse für Freizeiten, Programme und Aktionen
17 für beispielsweise Duisburger Jugendliche und Kindern pro Kopf.

18 Sobald allerdings Kinder und Jugendliche aus anderen Städten mitfahren wollen, werden
19 diese meist benachteiligt in der Vergabe der Plätze und spätestens bei den Kosten des
20 Angebotes.

21 D.h., dass Kinder oder Jugendliche, welche nicht in Duisburg wohnen, den Betrag des
22 Zuschusses selber tragen müssen. Da allerdings Kinder und Jugendliche nicht ihre
23 Freunde unbedingt nach der jeweiligen Stadt aussuchen und trotzdem gerne mit einem
24 Jugendzentrum mitfahren möchten, wird es den meisten Kindern und Jugendlichen nicht
25 möglich gemacht, das komplette Programm eines Jugendzentrums zu nutzen.

26 Duisburg ist eine Stadt, welche an sehr vielen anderen Städte angebunden ist
27 (beispielsweise Moers, Krefeld, Oberhausen, Mühlheim a.d. Ruhr, Essen),
28 dementsprechend müssen allen Kindern und Jugendlichen eines Jugendzentrums die
29 gleichen Möglichkeiten geboten werden können.

30
31
32
33
34
35
36 Angenommen:
37 Abgelehnt:
38 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 3
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	SPD-UB-Parteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
BETREFF	Zeichen setzen gegen „Plastik“-Müll

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen ein

- 5
6 • für eine nachhaltige Reduzierung von Produkten, die auf dem endlichen Rohstoff
7 Erdöl bzw. Rohöl basieren,
8 • für eine Verpflichtung zur völligen Recyclingfähigkeit aller o.g. Produkte und
9 Schaffung eines wirklich nachhaltigen Recycling-Systems, welches eine komplette
10 Wiederverwertung sicherstellt und
11 • für ein Verbot von Mikroplastik.

12
13 Es ist eine wissenschaftliche Expertenkommission einzusetzen, die sachgerechte
14 Vorschläge unterbreiten soll, wo ganz konkret im Alltag der Menschen tatsächlich auf
15 „Plastik“ verzichtet werden kann. Die entsprechenden Produkte bzw. Verpackungen sind
16 zeitnah zu verbieten – ebenso die Produktion und Nutzung von Mikroplastik in Kosmetik
17 und Reinigungsmitteln. Bei „Plastik“-Produkten, die mittel-/langfristig als nicht verzicht-
18 oder ersetzbar angesehen werden (z.B. in der Medizin, im Bauwesen etc.) sind die
19 Entwicklung und der Einsatz von Alternativ- bzw. Ersatzprodukten zu fördern.

20
21 Mit den durch eine solche Besteuerung zu erzielenden Mehreinnahmen sollen

- 22
23 • die Forschung im Recycling-Bereich vorangetrieben,
24 • die Entwicklung von umweltfreundlicheren Ersatzprodukten gefördert und
25 • generell umweltpolitische Maßnahmen vorangetrieben werden.

26
27
28 Begründung:

29 Dank der „Fridays-for-Future“-Bewegung erhält das Thema „Klimawandel“ aktuell endlich
30 die dringend notwendige gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit. Ein weiteres
31 umweltpolitisches Thema, welches auf Dauer gleichermaßen existenzielle Ausmaße
32 annehmen könnte, ist die Vermüllung des Planeten durch „Plastik“. Wenngleich
33 verlässliche wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gefährdung für die Artenvielfalt und
34 letztlich auch den Menschen durch die „Verseuchung“ der Nahrungsketten mit Mikroplastik
35 noch nicht vorliegen, kann es kaum Zweifel über schädliche Aus- und Nebenwirkungen
36 geben. Bis diese dann letztlich wirklich bis ins Detail erforscht und geklärt sind, dürfte es
37 im Zweifel zu spät sein – sowohl für die Natur, als auch für uns Menschen. Zudem ist die
38 chemische Basis aller Kunststoffe ein bekanntermaßen endlicher Rohstoff, mit dem in

39 jeder Hinsicht sparsam und schonend umgegangen und der zumindest nicht weiter für
40 überflüssige Produkte verschwendet werden sollte.

41
42 Dieses Problem wird nicht allein über die üblichen Marktmechanismen wie z.B. bewusstes
43 Verbraucherverhalten zu lösen sein.

44 Die Urteilsfähigkeit des Verbrauchers/der Verbraucherin über die Notwendigkeit einer
45 Plastiktüte oder die Sinnhaftigkeit einer dritten Verpackungseinheit mag außer Frage
46 stehen, doch über eine fundierte Kenntnis darüber, welchen Kunststoff er/sie gerade kauft,
47 welche Recyclingfähigkeit dieser besitzt und wie schädlich dieser ist, verfügt er/sie
48 sicherlich kaum.

49
50 Auszubauen ist auch die Kreislaufwirtschaft. Eine komplette Verwertbarkeit insb. der
51 unzähligen Kunststoffe ist nach wie vor nicht möglich bzw. ein nicht unerheblicher Teil
52 dieser Materialien ist nicht recyclingfähig (z.B. aufgrund nicht trennbarer Verbundstoffe).
53 Hier ist im Sinne der Ressourcenschonung durch die o.g. Maßnahmen eine möglichst
54 100%ige Verwertbarkeit anzustreben.

55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85

86 Angenommen:
87 Abgelehnt:
88 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 4
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	SPD-Personen im Rat
BETREFF	Schrottimmobilien abreißen

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD-Mandatsträger*innen im Stadtrat mögen darauf hinwirken, dass in Duisburg
5 leerstehende städtische Immobilien und leerstehende Immobilien von kommunalen
6 Betrieben ohne absehbare Nutzung nach spätestens fünf Jahren abgerissen werden.

7
8
9 Begründung:

10 Es gibt zahlreiche leerstehende Immobilien, die aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr
11 genutzt werden. Teilweise verfallen die Gebäude und es kommt zu Vandalismus und Brandstiftung.
12 Die Umgebung dieser Immobilien wirkt ungepflegt. Daher sollen die Gebäude nach spätestens fünf
13 Jahren abgerissen werden.
14 Dies ist ein weiterer Schritt, um das Duisburger Stadtbild positiv zu beeinflussen.

15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35 Angenommen:
36 Abgelehnt:
37 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 5
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	SPE Europaparlamentsfraktion, SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundespartei, SPD Ratsfraktion
BETREFF	Elektroladeinfrastruktur ist Daseinsvorsorge

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die für Mobilitätswende auszubauende Ladeinfrastruktur ist von den jeweiligen lokalen
5 Strom-Netzanbietern auszubauen. Der Verkauf des Stromes soll Anbieter offen erfolgen.

6
7 Der Zugang soll durch eine europäisch einheitliche Kundenkarte in Form und Sicherheit
8 der heutigen EC Karte erfolgen. Zudem soll auch ohne Kundenkarte mit EC Karte zu den
9 Preisen des lokalen Basistarifanbieters Strom bezogen werden können.

10
11
12 Begründung:
13 Eine funktionierende Lade Infrastruktur ist wesentliche Voraussetzung für eine
14 Elektromobile Zukunft. Hierbei soll es nicht einzelnen Anbietern überlassen
15 werden, diese auszubauen. Auch ist die Vorstellung, dass auf Autobahnraststätten
16 von 10 unterschiedlichen Anbietern jeweils 10 Ladeplätze angeboten werden nicht,
17 keine Lösung, sondern ein Problem. Hierbei sollte wie dies bei allen Netzausbauten
18 (Strom/Gas/Telefon) üblich die Installation bis zum Individualnetz (Ladekabel)
19 durch die lokalen Netzanbieter wie z.B. Netze Duisburg GmbH ausgebaut werden.
20 Zudem muss es -möglichst europäisch einheitlich- eine einheitliche Erkennung des
21 individuellen Stromanbieters geben, sowie eine Rückfallebene sollte es dort
22 Probleme geben. Hierfür bietet sich die bereits beliebte und bekannte Technik der
23 EC Karte an.

24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37 Angenommen:
38 Abgelehnt:
39 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 6
ANTRAGSTELLER	UB Duisburg
ADRESSAT	SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktion
BETREFF	Wir wollen das 365-Euro-Ticket für Duisburg!

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:
3
4 Klimaschutz muss nicht Verzicht bedeuten, Klimaschutz kann auch für neue Lebensqualität
5 sorgen. Wir sollten den Klimawandel als Möglichkeit dazu nutzen, dass mehr Menschen sich
6 Mobilität leisten können. Mobilität ist auch soziale Teilhabe. Ein ökologisch verträgliches und sozial
7 gerechtes Verkehrsmittel ist ein gut ausgebautes, aber auch günstiges Angebot im Öffentlichen
8 Personennahverkehr.

9 Derzeit kostet es knapp 800 € pro Jahr (Monats-Abo Ticket 1000, Preisstufe A2), um sich innerhalb
10 des gesamten Duisburger Stadtgebiets mit Bussen und Bahnen fortzubewegen. Nicht alle können
11 sich das leisten! In anderen Städten ist es möglich, bereits für einen Euro pro Tag Bus und Bahn
12 zu benutzen. Das sogenannte „365-Euro-Ticket“ wurde im Mai 2012 in Wien eingeführt.

13 Es hilft auch dabei, den CO₂-Ausstoß zu verringern. Seit der Einführung des „365-Euro-Tickets“
14 hat sich in der österreichischen Hauptstadt die Zahl der Jahreskartenbesitzer mehr als verdoppelt
15 und damit die Zahl der angemeldeten Autos übertroffen. Auch wenn die Autos sauberer und
16 energiesparsamer werden, nimmt gleichzeitig ihre Zahl zu – alleine in Deutschland um zehn
17 Prozent auf knapp 46 Mio. zwischen 2010 und 2017 – und damit auch der CO₂-Ausstoß, der durch
18 den Autoverkehr in Deutschland verursacht wird. Umso besser wäre es, wenn mehr Menschen zu
19 einem Umstieg vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel überzeugt werden könnten.

20 Die Einführung eines solchen 365-Euro-Tickets würde für Duisburg 11,6 Millionen Euro pro Jahr
21 kosten – das hat eine Modellrechnung des Verkehrsbundes Rhein-Ruhr (VRR) ergeben. Geld, das
22 Duisburg als finanziell benachteiligte Kommune nicht so einfach ausgeben kann. Deswegen ist
23 Duisburg auf Fördermittel vom Bund und vom Land angewiesen. Die Bundesregierung hat in den
24 jüngst vorgestellten Eckpunkten für das Klimaschutzprogramm 2030 erklärt, dass sie zehn weitere
25 Modellprojekte zur Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs fördern werde.

26 **Wir fordern:**

- 27
- 28 • In Duisburg soll das 365-Euro-Jahresticket eingeführt werden.
 - 29 • Der Bund und das Land sollen die Einführung des 365-Euro-Jahrestickets in Duisburg
30 fördern und die 11,6 Millionen Euro an jährlichen Kosten, die mit der Einführung des 365-
31 Euro-Tickets entstehen, übernehmen.
- 32
33
34
35

36 Angenommen:
37 Abgelehnt:
38 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 7
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	SPD-UB-Parteitag, SPD-Bundesparteitag (außerordentlich und ordentlich) – und Konvent, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion
BETREFF	Energiewende forcieren

- 1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:
3
4 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen ein für die Förderung von
5
6 • erneuerbaren Energien
7 • Energieeffizienz
8 • Energiespeichertechniken
9
- 10 Begründung:
11 Um die Energiewende erfolgreich zu gestalten und damit die angestrebten Klimaziele zu
12 erreichen, ist der weitere Ausbau regenerativer Energien nachhaltig zu forcieren – z.B. durch
13 weitere Förderprogramme, Subventionen und den Abbau planerischer/baurechtlicher
14 Restriktionen. Gleiches gilt für alle Maßnahmen/Weiterentwicklungen zur Steigerung von
15 Energieeffizienz.
16
17 Eines der nach wie vor größten Probleme stellt unzweifelhaft die bedarfsgerechte
18 Energiespeicherung dar. Insofern ist eine massive Förderung von Forschung und Entwicklung
19 moderner Energiespeichertechnik unabdingbar. Bereits vorhandene und bewährte Technologien
20 wie Pumpspeicherkraftwerke sind
21
22 • durch eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit (durch Befreiung von steuerlichen
23 Restriktionen bzw. steuerlicher Neudefinition) zu fördern und
24 • da wo ökologisch vertretbar auszubauen.
25
- 26 Neben umweltpolitischen Zielen sollen hiermit auch die wirtschaftspolitischen Ziele verfolgt
27 werden,
28
29 • im Energiesektor Arbeitsplätze zu sichern sowie in Forschung, Entwicklung und
30 Produktion neue Arbeitsplätze zu schaffen und
31 • eine verlässliche (umwelt-/klimaverträgliche) Energieversorgung der deutschen
32 Wirtschaft zu gewährleisten.
33
34
35 Angenommen:
36 Abgelehnt:
37 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 8
ANTRAGSTELLER	OV Hochfeld
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion
BETREFF	Antragsbearbeitungszeiten

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Der Unterbezirksparteitag fordert die SPD- Ratsfraktion auf, Rechenschaft über fehlerhaftes
5 Handeln der Verwaltung im Bereich des SGB II (Jobcenter) und des SGB XII (Sozialamt) sowie
6 über die langen Antragsbearbeitungszeiten einzufordern.

7
8
9 Begründung:
10 Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben zum Teil gemeinsam mit Gewerkschaften
11 die Sozialgesetzgebung erstritten und erkämpft. Darauf können und sollten wir stolz sein, uns aber
12 nicht darauf ausruhen. So sind wir dazu verpflichtet, Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen, ihre
13 Ansprüche unmittelbar geltend machen zu können.

14
15 Noch vor 25 Jahren haben wir uns bemüht den Menschen die Scham vor einer Antragstellung beim
16 Sozialamt nehmen wollen, indem wir ausdrückten, dass es sich dabei um ein von uns gewollten
17 Anspruch auf Unterstützung handelt. Aus dieser Haltung wurde aus Sozialhilfe Grundsicherung für
18 Menschen im Alter und bei Behinderung bzw. Erwerbsunfähigkeit.

19
20 Es wird Zeit, die entsprechenden Ämter und Behörden auf ihre Verpflichtung hinzuweisen,
21 gesetzlich verankerte Hilfen und Ansprüche zu gewähren und nicht vordringlich nach Möglichkeiten
22 zur Abwehr und Vergrämung zu suchen.

23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

37 Angenommen:
38 Abgelehnt:
39 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 9
ANTRAGSTELLER	OV Hochfeld
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion
BETREFF	Umsetzung politischer Beschlüsse

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD- Ratsfraktion wird aufgefordert, Rechenschaft von der Verwaltung der Kommune
5 einzufordern, wenn die Umsetzung politischer Beschlüsse verzögert und zum Teil dadurch deren
6 Umsetzung verhindert.
7

8
9 Begründung:
10 Wie im Hamburger Programm richtig dargelegt, wird den Bürgerinnen und Bürgern Politik
11 politisches Handeln erst durch deren Umsetzung durch die Verwaltung sichtbar. Wir werden nicht
12 an Beschlüssen gemessen, sondern an der Realität.
13 Es muss unterschieden werden können, wo Verwaltungsabläufe effizienter gestaltet werden und
14 wo die Ausstattung so unzureichend ist, dass die Umsetzung politischer Beschlüsse in
15 vorgegebenen Zeitrahmen nicht erreicht werden kann.
16

17
18 Weitere Begründung erfolgt mündlich.
19

20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 10
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UBV
BETREFF	Einführung eines Mentoring Programmes

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Der UB-Vorstand wird gebeten, ein Konzept zu erarbeiten, welches engagierte und
5 talentierte, junge Menschen gezielt auf die praktische Laufbahn und politische Funktionen
6 vorbereitet. Es soll eine Plattform geschaffen werden, welche junge Menschen mit
7 erfahrenen Freiwilligen zusammenbringt, die Freude an der Entwicklung junger und
8 engagierter Talente aufweisen und ihnen somit helfen, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen
9 für die Sozialdemokratie zu identifizieren und zu entwickeln. Verschiedene Seminar- und
10 Trainingsangebote sollen begleitend angeboten werden.

11
12
13 Begründung:

14 Aktuelle Programme der SPD Parteischule richten sich ausschließlich an Mitglieder, die
15 bereits im Vorstand tätig sind. Mit einem Mentoring-Programm können junge, engagierte
16 und ambitionierte Menschen die Grundsteine für ihre weitere politische Entwicklung legen
17 und von den Erfahrungen und den Kenntnissen der etablierten Genoss*innen profitieren.
18 Junge Menschen können mit Leidenschaft und Tatendrang alte Strukturen aufbrechen und
19 neue Impulse, Ideen und Innovationen ermöglichen. Ein*e Mentor*in kann ihrem*seinem
20 Mentee durch individuelle Begleitung und Unterstützung helfen, politische Strukturen
21 innerhalb der SPD zu verstehen, das politische Handwerk zu erlangen sowie die
22 sozialdemokratische Haltung vermitteln. Im Zentrum soll ein persönliches und vertrauliches
23 Verhältnis liegen. Ein gestärktes Selbstvertrauen, Motivation, und Inspiration sollen aus
24 dem Programm für die Mentees hervorgehen. Ein Mentoring-Programm könnte zudem
25 hilfreich dafür sein, Frauen innerhalb der Partei zu unterstützen und sichtbar zu machen.
26 Gleichzeitig wird der Dialog innerhalb der Mitglieder der SPD Duisburg gefördert und
27 gestärkt.

28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38 Angenommen:
39 Abgelehnt:
40 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 11
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UBV
BETREFF	Beschlusswiki

- 1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:
3
4 Beschlossene Anträge unserer Parteitage und Mitgliederversammlungen der
5 vergangenen Jahre sollen nach Themen sortiert auf der Homepage der SPD Duisburg
6 dargestellt werden. Das macht unseren Unterbezirk vor allem in zwei Aspekten
7 zukunftsfähig.
- 8 1. Neumitglieder und weniger erfahrene Besucher*innen erhalten einen schnellen
9 Überblick über die Positionen der SPD Duisburg
 - 10 2. Mitglieder, die Anträge zu unseren Parteitagen erarbeiten, können überprüfen,
11 welche Beschlusslage es zum Thema gibt, ohne alle Beschlussbücher anzufordern
12 und durcharbeiten.

13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 12
ANTRAGSTELLER	OV Stadtmitte
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion in Duisburg und Mülheim, SPD VRR Vertreter
BETREFF	901 Busse statt Bahn – Nein Danke

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die Ratsfraktion der SPD sowie alle der SPD verbundenen Amtsträger werden eindringlich
5 aufgefordert, über alle zur Verfügung stehenden Wege und Kanäle die
6 Entscheidungsträger in Mülheim dahingehend zu beraten, den geplanten Umbau der
7 Linienführung 901 von Duisburg nach Mülheim zu stoppen.

8 Die Straßenbahnführung von und nach Mülheim ist die umweltfreundlichste und von der
9 Beförderungskapazität her beste Transportmöglichkeit im ÖPNV. Sie erschließt auch von
10 Mülheim aus, dass Tourismus Highlight Zoologischer Garten und entlastet die
11 Parkplatzsituation vor Ort. Eine Umstellung auf Busbetrieb ist strikt abzulehnen.

12
13 Begründung:

14 In Zeiten, da wir durch Volkes Stimme und alle wissenschaftlichen Erkenntnisse mehr als
15 gezwungen sind, den Ausbau und die strikte Förderung des ÖPNV anzugehen, ist die
16 Nachricht des Rückbaus von ÖPNV-Angeboten, wie sie uns aus Mülheim erreichen, eine
17 Katastrophe.

18 Diese einseitige Mülheimer Entscheidung hat zudem direkte Auswirkungen, da Mülheim
19 gedenkt, die entfallende Straßenbahnlinie durch Busersatzverkehr in einer miserablen
20 Taktung zu ersetzen. Dies hat eine höhere Schadstoffbelastung, weniger Service, eine
21 höhere Belastung der Parkplatzsituation Zoo/Botanischer Garten, sowie eine fehlende
22 Direktverbindung zwischen Duisburg und Mülheim und ihren Grenzstadtteilen zur Folge.

23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 13
ANTRAGSTELLER	OV Stadtmitte
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion , MdL, MdB
BETREFF	Duisburger Weichenstellungen ÖPNV

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die Verantwortlichen in Stadt, Land und Bund sind in ihren jeweiligen Funktionen
5 aufgefordert, über die aktuellen Planungen (Verkehrsplan 2027) hinaus alle notwendigen
6 Schritte zu unternehmen, um einen schienengebundenen Anschluss der Rheinhausener
7 Mitte an das Duisburger U-Bahnnetz zu ermöglichen.

8
9 Begründung:
10 44 Jahre nach der Gemeindereform in NRW ist Rheinhausen noch immer nicht via ÖPNV
11 bequem und komfortabel angeschlossen.

12 Viel zu viele Busse auf überfüllten Straßen und zu wenigen Brücken suchen die Querung
13 der Bezirke Mitte und Rheinhausen.

14 Unter ungünstigen Bedingungen im Nachmittagsbereich ist man auf der Strecke Duisburg-
15 City nach Rheinhausen Markt über 40 Minuten unterwegs. Guter ÖPNV sieht anders aus.
16 Perspektivisch ist zu beachten, dass die Fassungskapazität einer U-Bahn drei- bis vierfach
17 so hoch, wie die eines Busses ist.

18 Weitere positive Folgen sind: Materialeinsparungen, Kurseinsparungen, Veränderungen
19 im Personalschlüssel, die U-Bahn als Teil der Elektromobilität, schnellere Verbindung in
20 den Bezirk Rheinhausen sowie die massive Entlastung der Brückennutzung durch
21 Individualverkehr. Denn eine U-Bahnverbindung nach Rheinhausen hätte natürlich auch
22 Auswirkungen auf das Nutzen des privaten PKW.

23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 14
ANTRAGSTELLER	OV Stadtmitte und SPDQueer
ADRESSAT	SPD Fraktionen in den Bezirken
BETREFF	Frauen sichtbar machen

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die Fraktionen der Bezirksvertretungen der SPD sowie alle der SPD verbundenen
5 Amtsträger werden eindringlich gebeten, bei allen anstehenden Wohnquartier
6 Neubaugeländen zu prüfen, ob nicht ein -umgangssprachlich ausgedrückt- Frauen-Viertel
7 mittel Straßen- und Platznamen geschaffen werden kann.

8
9 Begründung:

10 Frauen stellen die Mehrheit in unserer Bevölkerung. Frauen haben Geschichte
11 geschrieben. Frauen sind aus unserem tagtäglichen Leben natürlich nicht wegzudenken.
12 Nur wenn es um die Sichtbarkeit im veröffentlichten Raum geht, herrscht Mangelware.
13 Kaum eine Straße, kaum ein Platz ist im Vergleich zur Häufigkeit von Männernamen nach
14 einer Frau benannt.

15 In Duisburg wurde auf Betreiben der SPD eine Liste von möglichen Frauen erstellt, welche
16 durch eine Straßenbenennung geehrt werden könnten.

17
18 Als Partei und dem Antrag folgend auch als Stadtgesellschaft könnten wir ein positives
19 Zeichen setzen, das wir nicht nur peu à peu über die gefühlte nächsten 100 Jahre ein paar
20 Frauennamen dazu bekommen.

21
22 Zeichen setzen mit der klaren Ansage: Nicht drüber reden, sondern machen.

23
24 Uns als Partei sei in Erinnerung gerufen: Wir haben das allgemeine Wahlrecht eingeführt,
25 es war eine SPD Frau, die gegen alle Widerstände den Satz: „Männer und Frauen sind
26 gleichberechtigt“ in unser Grundgesetz geschrieben hat.

27
28 100 Jahre später wird es Zeit, auch im Straßenbild ein Zeichen zu setzen.
29
30
31
32
33
34
35
36
37

38 Angenommen:
39 Abgelehnt:
40 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 15
ANTRAGSTELLER	OV Stadtmitte
ADRESSAT	BV Fraktionen, Ratsfraktion
BETREFF	Ersatz Baumfällungen

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:
3
4 die Bezirksvertretungen in Duisburg aufzufordern, bei den zuständigen Fachämtern und
5 Stadttöchtern dafür Sorge zu tragen, dass gefälltte Stadtbäume jeweils zeitnah ersetzt
6 werden. Wo dies nicht möglich ist, müssen andere Grünmaßnahmen erfolgen.
7

8 Begründung:

9 Viele Bürger beschwerten sich zu Recht darüber, dass Bäume zwar durchaus aus gutem
10 Grund gefällt werden mussten, aber entsprechende Neupflanzungen teilweise erst 12 bis
11 18 Monate später vorgenommen werden; die Baumreste/-Stümpfe somit monatelang ein
12 Bild des Grauens bieten.

13 Aus diesem Grund sollte durch probate Mittel wie Anträge, Prüfanträge sichergestellt
14 werden, dass die notwendigen Fällungen – und auch notwendige Baumfällungen werden
15 in Duisburg kritisch betrachtet – in einem für den Bürger akzeptablen Zeitraum durch
16 Neuanpflanzungen Ersatz finden.
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

39 Angenommen:
40 Abgelehnt:
41 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 16
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion
BETREFF	Schneller Ausbau des 5G Mobilfunkstandards und kostenloses WLAN in Duisburg

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:
3

4
5 Die SPD Ratsfraktion prüft bei der Stadtverwaltung, wie der neue Mobilfunkstandard 5G
6 zügig im gesamten Stadtgebiet eingeführt und ausgebaut werden kann. Der Prüfauftrag
7 muss außerdem den Ausbau von frei verfügbaren WLAN Access Points, wie in der
8 Innenstadt und im Zoo, umfassen. Diese müssen ebenfalls massiv ausgebaut werden
9 um eine größere Abdeckung des Stadtgebiets zu erreichen.

10
11
12 Begründung:
13 Deutschland hinkt bei der Digitalisierung den anderen Industrienationen deutlich
14 hinterher. Die kostspielige Versteigerung der 5G Mobilfunkfrequenzen durch den
15 deutschen Staat im Frühjahr könnte den Ausbau deutlich verlangsamen. In jedem Fall
16 wird es teuer für die Verbraucher*innen, an die die Kosten für die Versteigerung
17 voraussichtlich weitergereicht werden. Aus diesem Grund sind kluge Investitionen der
18 öffentlichen Hand nötig um dagegen zusteuern. Kostenloses und gut verfügbares WLAN
19 kann dazu beitragen, eine lückenhafte Netzabdeckung abzufedern und schont das
20 monatlich verfügbare Datenvolumen des Anwenders.

21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39 Angenommen:
40 Abgelehnt:
41 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 17
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UBV
BETREFF	Digitalisierung muss mehr heißen als Tablets in der Schule

1 Der UB Parteitag möge beschließen:
2

3 **Künstliche Intelligenz / Neuronale Netze** 4

5 Fortschritte in ursprünglichen Disziplinen der Digitalisierung verlangsamen spürbar. Dazu zählen
6 unter anderem Halbleitertechnologien. So gelingen Fortschritte in Fertigungsprozessen für
7 Mikroprozessoren seit einigen Jahren nicht mehr nach dem Moore'schen Gesetz. Diese
8 beobachtet, dass sich die Transistordichte alle 12-24 Monate verdoppelt. Daraus folgen annähernd
9 eine Verdopplung der Rechenleistung sowie Energieeinsparungen, sowie
10 Energieeffizienzverbesserungen. Diese Fortschritte in der Rechenleistung gelten als wesentliche
11 Grundlage der Digitalen Revolution.
12

13 Als neue Grundlagen für technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt kommen
14 weitergehende, längst etablierte Technologien wie Künstliche Intelligenzen infrage. Die Strategie
15 der Bundesregierung beinhaltet sowohl massive Investitionen in die Forschung, die Anwendung
16 künstlicher Intelligenz in kleinen und mittelständischen Unternehmen, als auch die Aufbereitung
17 ethischer, rechtlicher, kultureller und institutioneller Aspekte für die gesellschaftliche Debatte. An
18 dieser Stelle muss die SPD endlich ein erkennbares Profil zeigen. Dafür sind wir als größte
19 Mitgliederpartei gut gerüstet. Unsere Verantwortung ist ein Umgang mit künstlicher Intelligenz, der
20 technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt fördert ohne Freiheit und
21 Gleichheit einzuschränken. Im Gegensatz zu Klientelparteien können wir diese Fragen
22 gesamtgesellschaftlich beantworten. Fortschritte bei der künstlichen Intelligenz stellen unsere
23 Gesellschaft vor neue Situationen. Der Arbeitsmarkt wird in den kommenden Jahren einen
24 rasanten und kaum vorhersehbaren Wandel vollziehen. Dazu gehört der Wegfall von unzähligen
25 Berufsgruppen und die Entstehung neuer Berufe, für die wir keine Ausbildungsangebote haben.
26 So tiefgreifende Veränderungen lassen sich nicht mit einfachen Antworten wie dem „lebenslangen
27 Lernen“ vollständig beantworten. Busfahrer*innen werden nicht mit einer kurzen Umschulung zu
28 KI Architekt*innen oder Systemingenieur*innen. Unsere (Aus-)Bildungssysteme müssen flexibler
29 und robuster werden, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden zu können. Wir
30 erkennen die Tatsache, dass es Beschäftigte geben wird, die durch den Wandel permanent vom
31 Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Ein „Mid-Life BAföG“ ist darauf keine ausreichende Antwort.
32 Hier können wir nur mit einem sicheren Einkommen Ängste nehmen und Armut verhindern. Dafür
33 werden wir Ehrenämter stärken und Engagement besser belohnen.
34

- 35 - Die SPD wird ethische, rechtliche, kulturelle und institutionelle Fragestellungen diskutieren und
36 an deren Aufbereitung mitwirken. Unsere (Aus-)Bildungssysteme müssen mit Blick auf die
37 Veränderungen des Arbeitsmarktes durch die Digitalisierung modernisiert werden. Neue
38 Tätigkeitsfelder müssen besonders gestützt und beworben werden.
- 39 - Beschäftigte aus wegfallenden Berufsgruppen sollen ein Digitalisierungseinkommen
40 bekommen.
- 41 - Ehrenämter werden zukünftig besser gefördert. Kostenlose Nutzung des ÖPNV und des
42 Fernverkehrs, sowie weiterer Infrastruktur können dabei berücksichtigt werden.

- 43 - Die SPD befürwortet, Technologien der künstlichen Intelligenz für alle Bürger*innen frei zur
44 Nutzung zu stellen.

45
46 SPD heißt: Künstliche Intelligenz für Menschen. Aufstieg durch Bildung. Gesellschaftliches
47 Engagement belohnen. Demokratie braucht Diskurs.

48 49 **SPD-Duisburg: Von Digital Immigrant zu Digital Native**

50
51 Nicht nur für Wahlkämpfe entscheidend hat sich YouTube erwiesen. So ist YouTubern wie Rezo
52 gelungen, unerwartet viele Erstwähler*innen zur Wahl zu mobilisieren.

53 Die Europawahl haben wir nicht wegen schlechter Klimapolitik verloren! Schließlich haben wir die
54 meisten Klima- und Umweltschutzgesetze in allen politischen Gremien Europas beschlossen. Uns
55 ist nicht gelungen, junge Wählende anzusprechen und von diesen Tatsachen auch zu überzeugen.
56 Unsere Social Media Auftritte auf Facebook und Instagram sind (zunehmend) erfolgreich und
57 ansprechend. Um vor allem, aber nicht ausschließlich, die zunehmend wahlentscheidende jüngste
58 Generation anzusprechen und politisch für die Sozialdemokratie zu begeistern werden wir das
59 Format YouTube mit mindestens wöchentlichen Inhalten bespielen.

60 Dabei werden wir die Ereignisse aus allen politischen Gremien ebenso wie aktuelle politische
61 Diskussionen aufbereiten. Synergien mit vorhandenen Angeboten werden wir dafür nutzen.

- 62
63 - Ein wöchentliches YouTube Angebot wird die SPD-Duisburg nutzen, um die gesellschaftliche
64 Diskussion mitzugestalten, ihre Erfolge und Inhalte zu präsentieren.

65
66 SPD heißt: Demokratie braucht Meinungs austausch und vielfältige Angebote dafür.

67 68 **Cyberwar**

69
70 Längst ist das Cyberspace ein wichtiger Schauplatz militärischer Auseinandersetzungen des 21.
71 Jahrhunderts. So sind allein in den USA und Russland mehr als 4000 Militäranghörige
72 ausschließlich für Cyberwar-Aktivitäten zuständig. Auch Deutschland braucht eine angemessene
73 Aufrüstung digitaler Verteidigungsanlagen. Cyberwar spielt in der Öffentlichkeit deshalb noch eine
74 geringe Rolle, weil sowohl die Kriegsführung als auch seine Auswirkungen zunächst abstrakt sind.
75 Es gibt keine Bilder von verstümmelten Körpern und explodierenden Fahrzeugen. Dennoch ist für
76 die Sicherheit der Bürger*innen und des Staates eine angemessene Verteidigung unerlässlich.
77 Das Rüstungsbudget der Bundesregierung halten wir Sozialdemokrat*innen mit Blick auf soziale
78 und gesellschaftliche Aufgaben für überhöht. Aus diesem Grund ist eine Erhöhung auch im Sinne
79 des Cyberwars nicht nötig. Allerdings ist die digitale Ausrüstung aus vorhandenem Budget zu
80 finanzieren. Deutschland muss seiner Verantwortung als deeskalierende Kraft in internationalen
81 Konflikten gerecht werden. Besonders empfindliche Staatsorgane und Institutionen müssen
82 gesondert geschützt werden. Deshalb braucht es:

- 83
84 - Angemessene Mindestsicherheitsstandards für Computersysteme von Bundesbehörden

85 86 **Social Media**

87
88 Die sozialen Medien werden die klassischen Medien weitgehend (vor allem bei den jüngeren
89 Generationen) ablösen. Bei der Generation U25 haben sie dies bereits getan.

90 Die Angebote sind vielfältig und decken von informativen bis zu Unterhaltungsangeboten alle Teile
91 des Spektrums ab. Sie sind Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, Teil des Alltags
92 und für viele Menschen das Zentrum des politischen Geschehens. Unsere Gesellschaft steht vor
93 Herausforderungen, die zum Beispiel mit der Anonymität in sozialen Netzwerken
94 zusammenhängen. Wir erleben eine Verrohung der Sprache im Umgang miteinander und
95 gesellschaftliche Radikale, die in sozialen Netzwerken eine Bühne finden. Auch die Einflussnahme
96 durch Staaten und Wirtschaftseinheiten in Wahlkämpfe erfordert bessere Maßnahmen, um Freiheit
97 und Solidarität in unserer Gesellschaft zu schützen.

- 98
99 - Anbieter sozialer Netzwerke sind für die Inhalte verantwortlich und haben gesellschaftlich nicht
100 akzeptable Beiträge zu löschen und wiederholte Verstöße mit scharfen Sanktionen zu ahnden.
101 - Daten, die durch soziale Netzwerke erhoben werden, müssen allen Bürger*innen zur
102 Verfügung stehen.
103 - Das statistische Bundesamt soll zu jeder bundesweiten Wahl eine Analyse zu Einflussnahmen
104 in sozialen Netzwerken auf Wahlen erarbeiten.
105

106 SPD heißt: Solidarität und Gesetze gelten auch in sozialen Medien. Daten müssen für alle
107 verfügbar sein. Wahlbeeinflussung wird nicht toleriert.
108

109 **Staatliche Aufgaben richtig finanzieren**
110

111 Global Player der digitalen Wirtschaft nutzen die Infrastruktur der (insbesondere europäischen)
112 Staaten, um ihre Dienste zur Verfügung zu stellen und gewinnbringend zu wirtschaften. Parallel
113 zur analogen Wirtschaft, die sich an der Finanzierung der Staaten beteiligt, in denen gewirtschaftet
114 wird, müssen Unternehmen der digitalen Wirtschaft an den Aufgaben des Staates mindestens
115 finanziell beteiligt werden. Dafür braucht es europäische und globale Lösungen. Digitale
116 Unternehmen genießen weitreichende Flexibilisierung in einer wirtschaftlich globalisierten Welt.
117 Das darf nicht dazu missbraucht werden, der solidarischen Verantwortung für etwas mehr Profit zu
118 entkommen.
119

- 120 - Digitale Wirtschaft muss angemessen in den Ländern besteuert werden, in denen Umsatz
121 erzielt wird.
122 - SPD heißt: Digitalisierung für alle!
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147

148 Angenommen:
149 Abgelehnt:
150 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 19.11.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 18
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Vorstand
BETREFF	Kommunalpolitische Leitlinien

1 Der UB Parteitag möge beschließen:

2
3 Die Jusos Duisburg beantragen die Einbettung der folgenden Leitlinien in den Duisburg Plan.

4 Einleitung

5
6 Duisburg ist mit fast 500.000 Einwohner*innen eine der fünf größten Städte Nordrhein-Westfalens.
7 Als Teil des Ruhrgebiets und Tor zum Niederrhein liegt Duisburg günstig: Nah an einer starken
8 Wirtschaftsregion und gleichzeitig Eingang zu einem Erholungsgebiet. Aber wir sind mehr als
9 ein Durchfahrtsort. Mit zwei der bedeutendsten Flüsse Deutschlands, dem größten Binnenhafen
10 Europas und der stadtbildprägenden Stahlindustrie, muss sich Duisburg hinter keiner anderen Stadt
11 verstecken. In sieben Stadtbezirken und 46 Stadtteilen leben Menschen unterschiedlicher Herkunft
12 und sozialem Hintergrund zum großen Teil friedlich miteinander. Diese Vielfalt ist ein Gewinn für
13 uns alle; sie stellt uns aber auch vor Herausforderungen: Wir haben die Aufgabe, die
14 unterschiedlichen Interessen zu ermitteln, zu berücksichtigen und soweit wie möglich umzusetzen.

15
16 Als Universitätsstadt mit etwas mehr als 40.000 Studierenden und Ausbildungsstandort für viele
17 Betriebe, ist Duisburg auch für junge Menschen ein Anziehungspunkt. Für viele von ihnen wird
18 Duisburg zum Zentrum des persönlichen Lebens und zu einer neuen Heimat. Nicht zuletzt mit
19 dem Zuzug zum Studium oder zur Ausbildung ergeben sich große Potentiale für unsere Stadt.
20 Diesen Menschen ein Zuhause für ihre Zukunft zu geben, bedeutet Duisburg eine Zukunft zu
21 geben.

22
23 Zur Wahrheit gehört auch, dass Duisburg einige Probleme hat: eine hohe Arbeitslosigkeit, ein
24 schlechter ÖPNV, ungleiche Lebensverhältnisse, schlecht ausgestattete Schule und
25 Personalengpässe bei der Stadtverwaltung. Wir erkennen diese Probleme und müssen sie
26 angehen. Ganz nach Herbert Grönemeyer: „Wo ein raues Wort dich trägt, weil dich hier kein
27 Schaum erschlägt.“

28 Kinder und Jugend

29
30 Die „Fridays for Future“-Demos, die auch in Duisburg angekommen sind, erinnern uns daran,
31 wieviel Potential, Eigeninitiative, Engagement und politisches Interesse in der jungen Generation
32 stecken. Wenn wir als Stadtgemeinschaft dieses Potential nutzen wollen, dann müssen wir
33 Kinder und Jugendliche in Duisburg politisch fördern und ihnen entsprechende Angebote
34 unterbreiten.

35
36 Wir werden Kinder und Jugendlichen stärker an der Stadtpolitik beteiligen. Sie sollen früh an den
37 Wert und die Funktionalität unserer Demokratie herangeführt werden. Darum setzen wir uns
38 für die Einführung eines Kinder- und Jugendparlamentes in Duisburg ein. Hier lernen Kinder und
39 Jugendliche Verantwortung zu übernehmen, ihre Meinung zu bilden und andere von politischen
40 Vorhaben zu überzeugen. Unsere Nachbarstädte Düsseldorf und Oberhausen bieten diese Form
41 der Beteiligung seit Jahren an; hier ist über eine Kooperation nachzudenken. In diesem
42 Zusammenhang ist über eine Erhöhung des Budgets für den Stadtjugendring nachzudenken.
43 Mit diesem Budget könnte der Stadtjugendring das Jugendparlament, die U18-Wahlen und
44 weitere Projekte fördern.

45
46 Darüber hinaus fordern wir ein selbstverwaltetes Jugendzentrum nach dem Vorbild „Haus Spilles“

47 in Düsseldorf. Hier werden alle Entscheidungen, die das Jugendzentrum betreffen, in ein
48 Gremium eingebracht und diskutiert. Anschließend werden die Beschlüsse von
49 ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen umgesetzt.

50
51 Die Angebote und Konzepte an Spielplätzen in den Stadtteilen müssen verbessert und
52 angepasst werden. An vielen Plätzen müssen die Geräte schneller wieder Instand gesetzt
53 werden. Weiter muss das Gespräch über mehr Aufenthaltsorte für Kinder und Jugendliche
54 gesucht werden. Es müssen mehr Sitzmöglichkeiten wie Tische und Bänke im Freien geschaffen
55 werden.

56 57 Wir fordern:

- 58 ➤ Ein Kinder- und Jugendparlament
- 59 ➤ Ein selbstverwaltetes Jugendzentrum
- 60 ➤ Ein besseres Angebot an Spielplätzen und Aufenthalts- sowie Sitzmöglichkeiten
- 61 ➤ Erhöhung des Budgets für den Stadtjugendring

62 63 Kindergarten und Schule

64 Mit der steigenden Anzahl betreuter Kinder in unseren Kindertagesstätten ist es unsere Aufgabe,
65 KiTas und die dort angestellten Erzieher*innen zu entlasten. Um eine individuelle und sorgfältige
66 Betreuung zu ermöglichen, soll die Größe der Gruppen auf je 15 Kinder reduziert werden. Der
67 Mangel an Erzieher*innen, der diesem Ziel im Wege steht, muss durch eine Lohnerhöhung
68 bekämpft werden. Wir halten es für sinnvoll, Kindertagesstätten räumlich zu vergrößern und ihre
69 Angebote auszubauen. So sollen Erzieher*innen die Möglichkeit erhalten, sich künstlerisch und
70 musikalisch weiterzubilden. Um Kinder auch sportlich zu fördern sollen Sportprogramme in
71 Kindergärten eingeführt werden. Vollzeitbeschäftigte Erzieher*innen, welche auf Grund von
72 Schwangerschaft oder langfristiger Krankheit für eine längere Zeit ausfallen, sollen ihre
73 Arbeit anschließend vollzeitbeschäftigt weiterführen dürfen. Die strikte Reduzierung zur
74 Teilzeitbeschäftigung lehnen wir ab.

75
76 Auch Eltern müssen zukünftig entlastet werden. Wir fordern die Abschaffung der KiTa-Gebühren
77 und Ausflugskosten. Die frühe Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein. Die
78 Einbindung der Eltern in die Programme der Kindergärten muss ausgebaut werden. Kooperative
79 Veranstaltungen zwischen Kindern und Eltern sollen vielbeschäftigten Eltern die Möglichkeit
80 geben, mehr Zeit als Familie zu verbringen. Ein Elternrat soll die Kommunikation zwischen den
81 Kindergärten in Duisburg fördern.

82
83 Unsere Schulen sind in einem andauernden schlechten Zustand: Defekte und
84 dreckige Toilettenanlagen, marode Fassaden und Brandschutzmängel, um nur wenige Probleme
85 zu nennen. Hier müssen wir dringend Geld investieren und die Mängel beheben. Auch die
86 Turnhallen müssen saniert werden. Die Bereitstellung von Turnhallen für Sportvereine ist auch für
87 deren Fortbestehen essenziell und zeigt, dass die Stadt das Potential hat, auch außerhalb der
88 Unterrichtszeit, die Schüler*innen mit Sportangeboten und deren sozialen Werdegang unterstützen
89 zu können. Wichtig ist, die Kooperation von Eltern und Lehrer*innen zu erweitern um eine optimale,
90 individuelle Förderung der Schüler*innen sicherzustellen. Unsere Lehrer*innen leisten gute
91 Arbeiten und müssen diese unter schwierigen Bedingungen leisten. Vor allem im Duisburger
92 Norden mangelt es an einer ausreichenden Anzahl an Grundschullehrer*innen. Wir wollen daher
93 mehr Grundschullehrer*innen einstellen.

94
95 Um ganztägig berufstätige Eltern zu entlasten, müssen wir die Ganztagsprogramme -
96 insbesondere in Grundschulen - ausbauen. Auch die Sozialarbeit an Schulen muss weiterhin
97 gefördert werden.

98
99 Um den Anliegen der Schüler*innen eine Plattform zu bieten, wollen wir die
100 Schüler*innenvertretungen und die Bezirksschüler*innenvertretung in Duisburg stärker fördern. Wir
101 begrüßen den Breitbandausbau und eine Neuausstattung der Klassenräume (bspw. in Form von
102 Beamern, digitalen Tafel, etc.) an unseren Schulen, die den Standards der Digitalisierung gerecht
103 wird sowie eine modernere, interessantere und somit effektivere Art des Lernens ermöglicht.

104 105 Wir fordern:

- 106 ➤ Kleinere Gruppen
- 107 ➤ Künstlerische und Musikalische Weiterbildungsmöglichkeiten für Erzieher*innen

- 108 ➤ Höhere Vergütungen
- 109 ➤ Gebührenfreie KiTa
- 110 ➤ Einführung von Sporthallen
- 111 ➤ Einbindung der Eltern
- 112 ➤ Bereitstellung finanzieller Mittel
- 113 ➤ Saubere und funktionsfähige Toilettenanlagen
- 114 ➤ Behebung der Brandschutzmängel
- 115 ➤ Renovierung der Klassenzimmer und Sporthallen
- 116 ➤ Breitbandausbau an Schulen
- 117 ➤ Mehr Lehrkräfte an Grundschulen
- 118 ➤ Förderung der Schulsozialarbeit
- 119 ➤ Ausbau der Ganztagsprogramme
- 120 ➤ Finanzielle Förderung der SVen und BSVen
- 121 ➤ Bereitstellung der Turnhallen für Sportvereine

122 **Hochschulen**

123 Einen besonderen Platz in der Bildungslandschaft Duisburgs nimmt der Campus Duisburg
 124 der Universität Duisburg-Essen ein. Als Universitätsstandort ist Duisburg ein Anziehungspunkt für
 125 viele junge Menschen und das nicht nur aus dem näheren Umfeld unserer Stadt. Viele von ihnen
 126 verlagern ihren Wohnort nach Duisburg.

127
 128 Wir wollen Studierende in ihrem Studium unterstützen und sie für Duisburg begeistern. Deshalb
 129 werden wir studentisches Wohnen in Duisburg evaluieren und Vorschläge unterbreiten, damit wohnen
 130 in Duisburg für Studierende attraktiver wird und sie dauerhaft in Duisburg leben und arbeiten wollen.
 131 Auch im Bereich der Freizeitgestaltung für Studierende und des ÖPNVs müssen einige
 132 Konzepte überdacht und verbessert werden. Wir entwickeln ein Konzept für das Nachtleben in
 133 Duisburg, welches dem „Bermudadreieck“ in Bochum ähnlich ist.

134

135 **Wir fordern:**

- 136 ➤ Attraktiveres Wohnumfeld für Studierende
- 137 ➤ Bessere Freizeitmöglichkeiten für Studierende

138

139 **Arbeit und Beschäftigung**

140 Uns ist bewusst, dass die Kommune nur bedingt Einfluss auf den Arbeitsmarkt hat. Dennoch gibt
 141 es einige Stellschrauben an denen wir drehen können. Beispielsweise müssen die Probleme, die
 142 wir in diesem Bereich haben, angesprochen werden: Ende 2018 hatte Duisburg laut der Agentur
 143 für Arbeit eine Arbeitslosenquote von 10,6 %, davon waren 2.240 Jugendliche.

144

145 Hier müssen die Stadt und ihre Töchter in die Verantwortung genommen werden. Die
 146 Stadtverwaltung und die stadteigenen Unternehmen müssen ihrer Vorbildfunktion nachkommen
 147 und über Bedarf ausbilden und sollten nach Möglichkeit im Anschluss übernehmen. Sollten
 148 Auszubildende nicht

149 übernommen werden, sind frühzeitig Übernahmegespräche zu führen, damit den Auszubildenden
 150 genug Zeit für die Suche nach einer Anschlussbeschäftigung bleibt. Wo es möglich und gewollt
 151 ist, sollte die Suche nach einer Anschlussbeschäftigung unterstützt werden.

152

153 Die befristeten und tariflosen Beschäftigungen in der Stadtverwaltung und bei den
 154 Tochterunternehmen der Stadt werden beendet. Diese Anforderung stellen wir auch an die
 155 Unternehmen, die von der Stadt Duisburg beauftragt werden.

156

157 Um jede*m Bewerber*in die gleichen Chancen zu geben, setzen wir das anonyme
 158 Bewerbungsverfahren bei der Stadtverwaltung und den Stadttöchtern um.

159

160 Im Jahr 2017 waren durchschnittlich 13.813 Menschen langzeitarbeitslos. Dieses Problem werden
 161 wir proaktiv angehen und so gut es geht bekämpfen: Wir werden uns für eine Umlagefinanzierung
 162 bei Langzeitarbeitslosen einsetzen. Unternehmen, die trotz offener Stellen keine
 163 Langzeitarbeitslosen einstellen, sollen in Zukunft eine Abgabe an die Stadt zahlen. Diese
 164 Mittel sollen dann für die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen verwendet werden.

165

166 **Wir fordern:**

- 167 ➤ Zusätzliche Ausbildung in der Stadtverwaltung und den städtischen Tochterunternehmen
- 168 ➤ Übernahme nach Möglichkeit
- 169 ➤ Frühzeitige Übernahmegespräche

- 170 ➤ Unterstützung bei der Anschlussbeschäftigung
- 171 ➤ Ein Ende der befristeten und tariflosen Beschäftigung bei den Stadttöchtern
- 172 ➤ Anonyme Bewerbungsverfahren
- 173 ➤ Die Einhaltung des Tariftreuegesetzes
- 174 ➤ Umlagefinanzierung für Langzeitarbeitslose

175

176 **Soziales**

177 Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung leben rund 37% aller Kinder und Jugendlichen in
178 Duisburg in Kinderarmut, was einer Zahl von mehr als 26.000 Kindern entspricht. Für uns ist jedes
179 Kind, welches in Armut aufwachsen muss und so nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben
180 in unserer Stadt teilnehmen kann, eines zu viel. Darum werden wir gezielt gegen Kinderarmut in
181 Duisburg vorgehen. Dazu werden wir zu einem „Duisburger Kinderarmutsgipfel“ seitens der Stadt
182 einladen und gemeinsam mit Expert*innen aus Bereichen wie der sozialen Arbeit, Lehrer*innen
183 und Erzieher*innen über konkreten Handlungsbedarf sprechen und einen Masterplan erstellen,
184 um Kinderarmut in unserer Stadt effektiv zu bekämpfen. Dabei werden auch
185 Vertreter*innen des Landes- und Bundesministeriums für Familie, Senioren,
186 Frauen und Jugend und des Landes- und Bundesministeriums für Arbeit und Soziales
187 eingeladen, um über Fördermittel des Landes und des Bundes zu referieren und auch bei der
188 Antragsstellung zu unterstützen. Nach dem „Duisburger Kinderarmutsgipfel“ werden die
189 Maßnahmen evaluiert und für deren Umsetzung ausreichend Mittel aus dem Haushalt
190 bereitgestellt.

191

192 Des Weiteren möchten wir für alle Schüler*innen ein kostenloses Mittagessen in der Schule
193 einführen, um allen Schüler*innen die Möglichkeit zu geben, gemeinsam Mittag zu essen und
194 möglicherweise nicht darauf verzichten zu müssen, weil sie sich dieses Mittagessen nicht leisten
195 können. Für uns stärkt ein gemeinsames Essen das soziale Miteinander in der Schule. Darüber
196 hinaus trägt es dazu bei, dass Schüler*innen nicht wegen des Einkommens ihrer Eltern beim Essen
197 in der Schule zurückstecken oder sich gar schämen müssen. Allerdings besteht dafür noch
198 reichlich Handlungsbedarf, weshalb alle Schulen im Duisburger Stadtgebiet mit Mensen
199 ausgestattet werden müssen bzw. in Kooperationen mit umliegenden Einrichtungen wie
200 Jugendzentren ihre Schüler*innen mit Essen versorgen.

201

202 Wir möchten, dass alle Duisburger Mülleimer mit sogenannten Pfandringen ausgestattet werden,
203 in die Pfandflaschen gestellt werden können, anstatt in den Müll geworfen. Für uns ist es
204 demütigend, dass Menschen in einer Armut leben, welche sie dazu zwingt, Pfandflaschen zu
205 sammeln. Jedoch ist es für uns eine noch größere Demütigung, dass sie hierbei in verdreckte
206 Mülleimer greifen müssen und damit möglicherweise von Scherben geschnitten, Ratten gebissen
207 oder Spritzen gestochen werden. Wir werden dieser Demütigung und diesen Gefahren mit der
208 Anbringung von Pfandringen ein Ende setzen und den Menschen wenigstens ein Stück weit ihre
209 Würde zurückgeben.

210

211 Zusätzlich muss in Duisburg wieder ein breiteres Interesse der jungen Generation an der
212 Vergangenheit unserer Stadt geschaffen werden, was wir mit gegenseitigen Projekten aus dem
213 geschichtlichen und digitalen Bereich erreichen möchten. Besonders Erinnerungskultur darf für uns
214 kein leeres Wort sein, sondern muss mit zahlreichen Projekten gefüllt werden. Dazu möchten wir
215 gerade Projekten, welche die Historie unserer Stadt behandeln, finanziell stärker unter die Arme
216 greifen. Dazu sollen unter anderem Projekte gehören, die die Einsetzung von Stolpersteinen für
217 Opfer des NS-Regimes organisieren und diese pflegen, aber auch beispielsweise Projekte, die die
218 Duisburger Geschichte behandeln, indem sie z.B. eine Geschichtstour durch Duisburg
219 veranstalten und an geschichtsträchtigen Orten der Stadt Schilder mit (digitalen) Erklärungen
220 anbringen.

221

222 **Wir fordern:**

- 223 ➤ Einladung zum „Duisburger Kinderarmutsgipfel“
- 224 ➤ Kostenloses Mittagessen in allen Schulen
- 225 ➤ Einrichtung von Mensen in allen Schulen bzw. Bildung von „Essenskooperationen“
- 226 ➤ Ausstattung aller Mülleimer mit Pfandringen
- 227 ➤ Förderung von Projekten der Erinnerungskultur und gegen das Vergessen
- 228 ➤ Förderung von Projekten, welche die Stadthistorie behandeln

229

230 **ÖPNV**

231 In Anbetracht diskutierter Fahrverbote aufgrund von Grenzwertüberschreitungen kommt dem ÖPNV

232 in den Städten eine besondere Rolle zu. Allerdings ist der ÖPNV in Duisburg in einem
233 katastrophalen Zustand. Es fehlt nahezu an allem: Finanzielle Mittel, ausreichende
234 Taktung, Fahrzeuge, flächendeckendes Angebot.

235
236 Den Nahverkehrsplan werden wir daher noch einmal kritisch überprüfen und hinterfragen. Das
237 Konzept rund um die Ringbuslinien werden wir weiterverfolgen. Wir werden mehr Geld in den ÖPNV
238 investieren, um die Versorgung sicherzustellen und ein Angebot zu schaffen, welches einer
239 Großstadt wie Duisburg gerecht wird. Jahre mit anhaltend schlechtem Schienenersatzverkehr
240 müssen ein Ende finden. Die Lieferung neuer Straßenbahnen ist mehr als überfällig und wird
241 von uns sehnsüchtig erwartet. Wir wollen ausdrücklich auch eine Erweiterung des 903-Tunnels
242 wieder ins Gespräch bringen und dabei beleuchten, dass Straßenbahnen mit einem Fünf-Minuten-
243 Takt eingesetzt werden sollen.

244
245 In Duisburg führen wir eine Pünktlichkeitsgarantie ein. Jede Verspätung über zehn Minuten wird
246 mit vollem Fahrpreis entschädigt. Die Antragsstellung dazu wird einfach und unkompliziert
247 gestaltet. Um die Fahrpreientschädigung möglichst unkompliziert zu gestalten, ist es sinnvoll,
248 wenn der Antrag online eingereicht werden kann. Dabei sind die herkömmlichen Wege, wie der Weg
249 über die Post, nicht ausgeschlossen.

250
251 Das Angebot von „MyBus“ muss dringend auf alle Stadtteile ausgeweitet und für alle zugänglich
252 gemacht werden.

253
254 Mit der letzten Phase der Haushaltssicherung werden wir freiwerdende Mittel direkt in die
255 Infrastruktur investieren. Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs wird bis 2035 in
256 Duisburg komplett kostenlos.

257
258 Um die Straßen und die Umwelt zu entlasten ist zu prüfen, inwiefern es sinnvoll ist, eine Seilbahn
259 zwischen Hauptbahnhof und Universität zu installieren. Vorbild für dieses Vorhaben könnte die
260 Seilbahn in Köln sein.

261 262 **Wir fordern:**

- 263 ➤ Überprüfung des Nahverkehrsplan
- 264 ➤ Eine Ringbuslinie
- 265 ➤ Lieferung neuer Straßenbahnen
- 266 ➤ Erweiterung des 903-Tunnels oder Bahnlinie entlang des Autobahntunnel A59
- 267 ➤ Eine höhere Taktung
- 268 ➤ Ausbau des „MyBus“-Angebotes
- 269 ➤ Erhöhung der Investitionen
- 270 ➤ Pünktlichkeitsgarantie
- 271 ➤ Kostenlose Nutzung des ÖPNVs
- 272 ➤ Eine Seilbahn

273 274 **Wohnen, Leben und Integration**

275 Wir wollen die Situation der Wohnungsbaugenossenschaften betrachten und Vorschläge für eine
276 gezielte Unterstützung erarbeiten, um weiterhin günstigen Wohnraum gerade für Studierende und
277 Auszubildende in Duisburg zu sichern. Hier werden uns die Azubi-Wohnheime in Köln als
278 Vorbild dienen. Es ist zu prüfen, ob die Einrichtung einer stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft
279 sinnvoll ist.

280
281 Wir werden das Konzept des mehr Generationen Wohnens weiterverfolgen und unterstützen, um
282 vor allem älteren Menschen vor Vereinsamung zu schützen. Dazu gehört auch der Ausbau an
283 barrierefreien Wohnungen.

284
285 Wir begrüßen den Zuzug vieler Menschen aus unterschiedlichsten Teilen der Welt und wollen
286 Chancengerechtigkeit garantieren. Gleichzeitig erkennen wir an, dass Bildung in Duisburg
287 auf besondere Herausforderungen und damit auch auf besondere Chancen stößt.

288
289 Jede*r ist willkommen und darf ihre/seine Rechte wahrnehmen; egal, aus welchem Grund sie/er
290 hier leben möchte.

291
292 Wir werden Konzepte entwickeln um diese besonderen Herausforderungen gezielt anzugehen und
293 keine Chance ungenutzt lassen. Dazu werden wir bessere Maßnahmen zur Unterstützung

294 des Spracherwerbs diskutieren: Integrationsklassen, Deutsch als Zweitsprache und Schüler*innen
295 geben Nachhilfe etc.

296

297 **Wir fordern:**

- 298 ➤ Azubi-Wohnheime nach Kölner Vorbild
- 299 ➤ Ausbau des barrierefreien Wohnens
- 300 ➤ Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
- 301 ➤ Gründung einer stadt eigenen Wohnungsbaugesellschaft
- 302 ➤ Mehrgenerationen Wohnen

303

304 **Stadtverwaltung**

305 Wir fordern die digitale Verwaltung um die Beratung und die Stellung von Anträgen für alle zu
306 vereinfachen. In einer zunehmend digitalisierten Welt muss auch die Stadtverwaltung ihr Angebot
307 verstärkt digital anbieten.

308

309 Wir brauchen ein dezentrales Angebot der Verwaltung in den Bürger*innenämtern; dazu müssen
310 die Räume so ausgestattet werden, dass man dort gerne arbeitet und sich Bürger*innen dort
311 gerne aufhalten. Als Vorbild können hier die sogenannten „Bürgerläden“ der Stadt Hagen dienen.
312 Darüber hinaus ist über längere Öffnungszeiten der Bürgerämter nachzudenken, um den
313 Ansprüchen der – vor allem arbeitenden – Bevölkerung gerecht zu werden.

314

315 Das Personal muss dringend aufgestockt und Lücken geschlossen werden. In diesem
316 Zusammenhang begrüßen wir die enorme Personalaufstockung im Jahr 2019.

317

318 **Wir fordern:**

- 319 ➤ Die digitale Verwaltung
- 320 ➤ Zentrale Anlaufstellen für Bürger*innen
- 321 ➤ Längere Öffnungszeiten der Bürgerämter
- 322 ➤ Personallücken zu schließen

323

324 **Kultur, Freizeit, Sport**

325 Das Sozio-Ökonomische Zentrum befindet sich in der Erprobungsphase und bietet Raum für
326 Kultur, Vernetzung, Freizeit und Gemeinschaft.

327

328 Das Angebot der (Stadt-)Bibliotheken wird den Ansprüchen der Zeit nicht mehr gerecht. Die
329 Öffnungszeiten müssen mit Blick auf die Ansprüche junger Menschen evaluiert werden. Auch ein
330 nächtliches Angebot spielt hierbei - gerade am Wochenende - eine Rolle und stellt eine ruhigere
331 Ergänzung zur Freizeitgestaltung dar. Konkret für die kommende Legislaturperiode nehmen wir
332 uns vor, einen kostenlosen Bibliotheksausweis für alle Kinder und Jugendlichen einzuführen, um
333 sie früh mit der Welt der Bibliotheken vertraut zu machen, ihnen den Spaß am Lesen näherzubringen
334 und Lese- und Rechtsschreibschwächen effektiv zu bekämpfen. Das Angebot an elektronischen
335 Medien muss dringend aufgebessert werden. Hier sind Kooperationen über die Grenzen der
336 Stadt denkbar und empfehlenswert.

337

338 Das Veranstaltungsangebot bietet großen Spielraum für eine bessere Ausrichtung an die junge
339 Bevölkerung. Ein Diskussions- oder Debattierklub (z.B. im Rahmen des Rings politischer Jugend)
340 kann hier einen guten Impuls für ein jugendgerechteres Angebot geben.

341

342 Jugendlichen, die sich für weitere kreative Freizeitbeschäftigung wie Theater, Kunst oder Musik
343 interessieren, soll ebenfalls der Zugang erleichtert werden. Der dafür benötigte Unterricht fällt oftmals
344 zu teuer aus, bereits existierende Förderprogramme sind nicht umfassend genug und höchstens
345 ein Kompromiss für wenige Interessierte. Ziel soll es sein, Schulen dabei zu unterstützen
346 Workshops und Arbeitsgemeinschaften anzubieten, um somit eine moderne Alternative zu
347 Schulchören und Orchestern zu bieten. Förderprogramme, welche ärmeren Familien
348 außerschulischen Unterricht ermöglichen, müssen ebenfalls erweitert werden. Junge
349 Schauspielhäuser, wie z.B. das Komma-Theater in Rheinhausen, sind ein wichtiger Bestandteil
350 des Kulturstandorts Duisburg und fördern das kulturelle Interesse von Kindern und Jugendlichen
351 schon in jungen Jahren. Des Weiteren leisten sie wichtige Kinder- und Jugendarbeit, indem sie
352 beispielsweise Jugendschauspielgruppen anbieten. Wir möchten diese Jugendgruppen finanziell
353 unterstützen und gerade Kindern aus finanziell schwachen Familien eine Teilnahme an diesen
354 Gruppen mit städtischen Mitteln ermöglichen. Diese kulturellen Einrichtungen haben einen
355 unermesslichen Wert für unsere Stadt, weshalb wir weiterhin Jugendschauspielgruppen und

356 kleinere, kommunale Theater erhalten wollen. Eine Schließung oder massive Einschränkungen
357 der (Jugend-)Arbeit aufgrund von finanziellen Gründen bzw. fehlenden Förderungen sind für uns
358 inakzeptabel und wären ein fatales Zeichen für den Kulturstandort Duisburg.

359
360 Für angehende Autor*innen und Politikinteressierte soll die Stadtbibliothek Autor*innenwettbewerbe
361 und Schreibseminare z.B. für Kurzgeschichten und aktuellen Themen mit
362 interessanten Fragestellungen eine Plattform organisieren.

363
364 Um allen Einwohner*innen in Duisburg einen Zugang zu unseren Museen gewährleisten zu
365 können, werden wir schnellstmöglich die Eintrittspreise für die Museen in unserer Stadt abschaffen.

366
367 Für Duisburger Heranwachsende braucht auch die Innenstadt ein Jugendzentrum.

368
369 In Duisburg-Marxloh wollen wir ein Begegnungszentrum mit Fokus auf die Kultur der historischen
370 Zuwanderung. Menschen aus der Türkei, Italien, Bulgarien und Rumänien sowie Menschen
371 aus verschiedenen arabischen Ländern kamen und kommen hier mit jenen zusammen, die schon
372 viele Generationen in Duisburg leben. Um der vielfältigen Kulturen und Traditionen gerecht zu
373 werden und ein authentisches Willkommensgefühl spürbar für alle Duisburger*innen zu machen,
374 braucht es einen Ort, an dem alle zusammenkommen. Das Angebot soll hier ein Spektrum
375 bedienen, das sowohl den niederschwelligen, als auch den intensiven Austausch, abdeckt.

376
377 Der Stadtsportbund ist für die Stadt ein Partner immenser Bedeutung. Aus diesem Grund wollen
378 wir die Zusammenarbeit mit ihm, als Vertreter zahlreicher Sportvereine, ausweiten. Das von der
379 SPD-Ratsfraktion durchgesetzte Projekt „SPORTGUTSCHEIN“, bei dem jede*r Erstklässler*in für
380 ein Jahr eine kostenlose Vereinsmitgliedschaft erhält, war ein wichtiger Schritt in die richtige
381 Richtung. Wir möchten diese Kooperation ausweiten und deshalb allen Grundschüler*innen
382 eine kostenlose Mitgliedschaft während ihrer gesamten Grundschulzeit ermöglichen.

383 384 **Wir fordern:**

- 385 ➤ Schnelle und sorgfältige Umsetzung des Sozio-Ökonomischen Zentrums
- 386 ➤ Bessere (und nächtliche Öffnungszeiten) der Stadtbibliothek
- 387 ➤ Kostenloser Bibliotheksausweis für Kinder und Jugendliche
- 388 ➤ Bessere (digitale) Ausstattung der Bibliothek
- 389 ➤ Autor*innenwettbewerbe durch die Stadt
- 390 ➤ Förderung der Breitenkultur
- 391 ➤ Kostenloser Eintritt in die Museen
- 392 ➤ Förderung des Vereinslebens
- 393 ➤ Jugendzentrum in der Innenstadt
- 394 ➤ Begegnungszentrum Marxloh
- 395 ➤ Kostenlose Mitgliedschaft im Sportverein für alle Grundschüler*innen

396 397 **Umwelt**

398 Duisburg war in den letzten Jahren des Öfteren in aller Munde, doch mit Missfallen müssen wir
399 feststellen, dass Umweltschutz kein präsent Thema war. Wir wollen uns selbst und unserer Stadt
400 ambitionierte Ziele setzen, um Duisburg fit für die Zukunft zu machen.

401
402 Duisburg kann und muss eine grüne Stadt werden. Die ersatzlose Abschaffung der
403 ehemaligen Baumschutzsatzung war ein großer Fehler. Wir werden deshalb eine neue und
404 überarbeitete Baumschutzsatzung einführen, die den Ansprüchen einer modernen Stadt gerecht
405 wird.

406
407 Wir wollen unsere Stadt für aktuelle und zukünftige Generationen, für gebürtige und Wahl-
408 Duisburger*innen attraktiv und nachhaltig gestalten. Darum werden wir Ökologie zu einem zentralen
409 Faktor unserer Stadtplanung machen und sofort prüfen, ob entsprechende zusätzliche
410 Fördergelder aus Landes- und Bundesmitteln bezogen werden können. Kommunale Investitionen
411 werden wir an ein Nachhaltigkeitskriterium knüpfen.

412
413 Grünflächen nehmen eine wichtige Funktion zur Erholung, Gesundheitsförderung
414 und Freizeitgestaltung der Bürger*innen ein. Deshalb werden wir im bereits erschlossenen
415 Stadtgebiet den Ausbau und Erhalt entsprechender öffentlich zugänglicher Flächen fördern. In
416 Duisburg entstehen aktuell und in naher Zukunft neue Quartiere. Wir sind uns auch dort unserer
417 Verantwortung bewusst und werden bei der Planung nicht nur einen angemessenen Anteil an

418 Grünflächen festlegen, sondern auch die Nutzung erneuerbarer Energien fördern, indem wir
419 beispielsweise eine optimale Anpassung von Gebäudehöhe, -ausrichtung und Straßenführung
420 berücksichtigen, um die Nutzung von Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen zu
421 ermöglichen. Erneuerbare Energien sollen auch für die Stadtverwaltung ein wichtiges Anliegen sein.
422 Wir werden als Vorbild vorangehen und schrittweise alle öffentlichen Gebäude nachrüsten und in
423 ihrer Energieversorgung umstellen. Unser Anspruch ist es, ökologische Stadtgestaltung
424 sozialverträglich zu gestalten. Aus diesem Grund werden wir den Zugang zur Natur und die daraus
425 resultierenden Bildungs- und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für alle Menschen zugänglich
426 machen - auch für soziale Randgruppen, Niedrigverdiener*innen und Bewohner*innen
427 sozialer Brennpunkte. Wir werden ökologische Stadtentwicklung außerdem transparent und
428 offen gestalten. Dazu werden wir die Bürger*innen auf quartalsweisen
429 Informationsveranstaltungen einbinden. Dort werden sie sowohl auf den neusten Stand gebracht
430 und können zugleich die Entwicklung ihres Quartiers mitgestalten, indem sie Anregungen und
431 Ideen im direkten Kontakt mit den Verantwortlichen unserer Stadt austauschen.
432

433 Wir wissen heute, dass der Individualverkehr mithilfe verbrennungsmotorgetriebener Fahrzeuge
434 einen wesentlichen Anteil zur Verschmutzung unserer Umwelt beiträgt, darum bekennen wir uns
435 zu einer ökologischen Verkehrswende. Um unsere Stadt auf die steigende Anzahl an
436 Elektroautos vorzubereiten, werden wir die Einrichtung von Ladestationen fördern.
437 Besonders öffentliche Einrichtungen sollen Ladestationen bereitstellen. Um Menschen, die selten
438 auf den Individualverkehr angewiesen sind, zu unterstützen, werden wir sogenannte Car-Sharing-
439 Angebote fördern. Wir werden prüfen, ob entsprechende Angebote in kommunalem Besitz
440 erfolgversprechend sind. In diesem Sinne werden wir eine Zusammenarbeit mit anderen
441 Kommunen des Ruhrgebiets und Niederrheins anstreben. Um den Bürger*innen unserer Stadt
442 die Abkehr vom Individualverkehr hin zum öffentlichen Personennahverkehr zu erleichtern, wollen
443 wir den ÖPNV in Duisburg attraktiver gestalten. Als ernstzunehmende Alternative, sowohl zum
444 Individual- als auch zum öffentlichen Personennahverkehr, werden wir die Instandhaltung und den
445 Ausbau des städtischen Fahrradverkehrsnetzes fördern. Dazu gehört, dass bestehende Radwege
446 auf ihre Sicherheit geprüft werden und, falls nötig, erneuert werden. Dem Bau neuer Radwege
447 werden wir eine hohe Priorität zuordnen. Neben einem weitgliedrigen Radnetz setzen wir
448 besonderen Wert auf die Verkehrssicherheit der Radfahrer*innen. An Stellen, die sowohl durch
449 den Auto- als auch den Radverkehr genutzt werden, werden wir u. A. Radstreifen verbreitern und
450 die zulässige Höchstgeschwindigkeit anpassen.
451

452 Duisburg wird von außen oft als dreckig wahrgenommen. Wir erkennen das Potenzial, das
453 Duisburg innewohnt an, wissen jedoch auch, dass noch viel Arbeit vor uns liegt. In einem ersten
454 Schritt werden wir mit guten Beispiel vorangehen und alle kommunalen Einrichtungen dazu
455 verpflichten, auf Einwegprodukte gänzlich zu verzichten. Zusätzlich werden wir
456 Bürger*inneninitiativen, die sich für die Vermeidung von Müll einsetzen, unterstützen und dafür
457 sorgen, dass jegliche Aufklärungsarbeit öffentlichkeitswirksam gefördert wird. Jegliche Form von
458 Vermüllung und Umweltverschmutzung wollen wir zukünftig durch entsprechende Erhöhung der
459 Bußgelder ahnden. Diese Bußgelder werden keinen Festbetrag darstellen, sondern sich am
460 Einkommen der Verursachenden orientieren.
461

462 **Wir fordern:**

- 463 ➤ Duisburg muss eine grüne Stadt werden
 - 464 ➤ Neue Baumschutzsatzung
 - 465 ➤ Ökologie als zentralen Faktor unserer Stadtplanung
 - 466 ➤ Ausbau und Erhalt öffentlich zugänglicher Grünflächen
 - 467 ➤ Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien
 - 468 ➤ Quartalsweise Informationsveranstaltungen
 - 469 ➤ Die Unterstützung und Förderung von Elektroladestationen
 - 470 ➤ Öffentliche Einrichtungen halten Elektroladestationen bereit
 - 471 ➤ Förderung von Car-Sharing-Angeboten
 - 472 ➤ Instandsetzung und Ausbau des Fahrradverkehrsnetzes
 - 473 ➤ Verzicht auf Einwegprodukte
 - 474 ➤ Aufklärung gegen Vermüllung
- 475

476 **Haushalt und Finanzen**

477 Die Kommunen gelten als „Schulen der Demokratie“: hier kann man am ehesten
478 direktdemokratische Elemente umsetzen und die Entscheidungen der Lokalpolitik sind für die
479 meisten Einwohner*innen umgehend spürbar. Jede*r nimmt sofort wahr, wenn die Schule,

480 das Schwimmbad oder die Stadtteilbibliothek vor Ort verschwinden. Allerdings sind die Kommunen
481 in den seltensten Fällen selbst für ihre finanzielle Situation verantwortlich. Darum braucht es
482 dringend finanzielle Unterstützung von Land und Bund.

483
484 Einen „Pakt für einen Altschuldenfonds“ möchten wir als Vorschlag der NRWSPD gezielt
485 betrachten und mit weiteren Lösungsvorschlägen vergleichen. Eine Fortführung der Sparpolitik
486 lehnen wir ab. Für uns sind Wahlen nicht mit populistischen Äußerungen zu gewinnen, sondern mit
487 sozialdemokratischer Politik.

488
489 Der Bund muss die Kommunen viel stärker bei den Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU)
490 unterstützen. Diese Kosten tragen die Kommunen zu weiten Teilen alleine. Einer Kommune
491 wie Duisburg, die unter hoher Arbeitslosigkeit leidet, ist es nicht zuzumuten, dass sie diese Kosten
492 zu mehr als die Hälfte selbst trägt. Daher fordern wir die Zuschüsse des Bundes auf 50% der Kosten
493 zu erhöhen.

494 Arbeitslosigkeit bedeutet für die Kommunen dann eine enorme Belastung. Auch bei anderen –
495 von Land und Bund übertragenen – Aufgaben müssen Land und Bund stärker in die Pflicht
496 genommen werden.

497

498 **Wir fordern:**

- 499 ➤ Investitionen statt kaputtsparen
- 500 ➤ Erhöhung Zuschuss KdU
- 501 ➤ Altschuldenfond
- 502 ➤ Unterstützung durch Land und Bund

503

504 **Schluss**

505 Wir werden uns konsequent dafür einsetzen, dass Duisburg ein lebenswerterer und gerechter Ort
506 wird. Dazu werden wir Kinderarmut bekämpfen, mehr Investitionen in Bildung und (kulturelle)
507 Jugendarbeit tätigen und die Infrastruktur soweit verbessern, dass jede*r die Möglichkeit hat, mobil
508 zu sein und am Stadtleben teilzuhaben.

509

510 Wir möchten eine Stadt des Fortschritts sein und deshalb Studierenden und Auszubildenden das
511 Leben und Lernen erleichtern, indem wir für ausreichend bezahlbaren Wohnraum in Form von
512 Studierenden- und Azubiwohnheimen sorgen und auch die Freizeitmöglichkeiten innerhalb der
513 Stadt ausweiten. Um diese Freizeitmöglichkeiten in einen Einklang mit der Natur zu bringen,
514 werden wir besonders Grünflächen für (sportliche) Freizeitmöglichkeiten ausbauen, um auch
515 Menschen ohne einen eigenen Garten eine Freizeiterholung im Grünen zu ermöglichen.

516

517 Wir wollen unsere Stadt fortschrittlich gestalten und hoffen, dass wir Ihren Zuspruch finden und Sie
518 diesen Weg gemeinsam mit uns bestreiten möchten, indem Sie bei der Kommunalwahl SPD
519 wählen und damit auch unsere jungen Kandidat*innen unterstützen.

520

521 Die Zeit des kleinsten gemeinsamen Nenners ist vorbei. Wir wollen mehr! Es gibt viel zu tun!

522

523

524

525

526

527

528

529

530

531

532

533

534

535

536 Angenommen:

537 Abgelehnt:

538 Überwiesen an: